

Top Thema

Spione, Strafen und
Skandale

Interview

Neue Vorschriften für
das älteste Gewerbe

Top Thema

Kriminalist 65, sucht
Nachwuchs

06/14

kripo.at



VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH



PROSTITUTION

P.b.b.

03Z035266 M

Informations- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Thalerhofstraße 28, 8073 Feldkirchen - € 4,-

Land der alten Kieberger

„Land der alten Ärzte“ titelte der Kurier in einer seiner Ausgaben Ende August. Nur 5% der Ärzte seien unter 40, fast die Hälfte, nämlich 49%, wären zwischen 50 und 59 und 29% sogar über 60. Ich erinnerte mich beim Lesen des Artikels an ein Gespräch mit einem Kollegen. Länger nicht gesehen, hatte er zwischenzeitlich graue Haare bekommen. Die Bemerkung, dass er nun auch schon zu den „Alten“ zählen würde, konterte er mit dem Hinweis, dass er mit 49 Jahren der jüngste Kriminalbeamte auf seiner Dienststelle sei.

Vergreisen die Ärzte und die Kriminalpolizisten oder die ganze Gesellschaft?

Die Statistik belegt es eindeutig, Österreich und mit unserem Land fast ganz Europa, wird immer älter. Jetzt sind wir tatsächlich der „alte Kontinent“. OK, die über 60jährigen sind heute fitter als ihre Vorgänger vor 20-30 Jahren, aber Folgen hat es trotzdem, vor allem in unserem Beruf, denn die Täter werden immer jünger.

Welche Problematik wirft dieser Überalterungsprozess auf?

81% der Fachärzte und 78% der Allgemeinmediziner sind über 50 Jahre alt. Dagegen ist nur 1% jünger als 34. Fachärzte in diesem Alter gibt es überhaupt nicht. Nun gut, die Ausbildung zum Arzt dauert seine Zeit, aber die zu einem einsetzbaren Kriminalisten auch - Kriminalist wird man nicht in fünf Minuten durch Handauflegen. Die Ärzteschaft spricht von einer Verdünnung der Versorgung, die Rahmenbedingungen seien so schlecht, dass Jungmediziner abwandern. Schlussendlich würde die Bürokratie überborden und zur Kernaufgabe, dem Kontakt mit Patienten, würden die Mediziner immer weniger kommen.

Die Probleme sind in unserem Beruf nicht unähnlich. Eigentlich könnte man die Sorgen und Argumente der Ärztevertreter 1 zu 1 für den Kriminaldienst übernehmen. Nur wer die Augen bewusst schließt, kann nicht sehen, dass Überalterung und Ausdünnung des Kriminaldienstes, sowie überbordende Bürokratie, eine Tatsache sind.

Die Redaktion hat sich schlau gemacht und die Altersstruktur der einzelnen Dienststellen in Augenschein genommen. Kriminalbeamte im Alter von 64, 65 Jahren sind fast überall zu finden, das wäre nichts Besonderes. Bedenklich ist aber die nachfolgende Gruppe der 50-60 jährigen, die bilden mancherorts schon die Mehrheit. Es ist das hohe Durchschnittsalter das eigentlich die Alarmglocken im Personalbüro läuten lassen müsste. Unserer (zugegeben nicht vollständigen) Recherche nach, liegt es bei den einzelnen Dienststellen zwischen 47 und 51 Jahren. Zwischen 27 und 45 sind die jüngsten Beamten im Kriminaldienst. Jubeln kann man darüber aber auch nicht.

Neben der Altersstruktur ist die Ausdünnung, das Nichtbesetzen von Planstellen, wohl die größte Belastung der kämpfenden Truppe, aber das ist eine andere Baustelle, die wir heute nicht berühren wollen. Wenn ich höre, dass es auf einer Dienststelle seit 2005 keine Bewerbung mehr für den Dienst bei der Kripo gegeben hat, darf es nicht wundern, dass die Kriminalpolizei alt aussieht.

Warum es keinen Nachwuchs bei der Kripo gibt, ja sogar manche im Kriminaldienst tätigen Polizeibeamten wieder in die Uniform schlüpfen, hat ein Kollege treffend formuliert: „Bei den uniformierten Kollegen ist der Tisch reichlicher gedeckt“.

Richard Benda
Präsident
praesident@kripo.at



ausgabe
06/14

news

Nationale & Internationale	5
Shortcuts	

top-thema

- Spione, Strafen & Skandale	6
- Prostitution in Österreich	13
- Zwei ... die es erleben	23
- Kriminalist 65, sucht Nachwuchs	29
- Die Überalterung der Kripo	30

interview

- Interview Karl Strohmeier, Abteilungsinspektor Gruppenführer Stellv. der Prost-Gruppe beim SPK Graz	9
---	---

intern

- Abschöpfung	18
- Sicher im Alter	18
- Termine	19
- Vorschau 2015	19
- Rätsel	21
- Ehemaliger Polizeipräsident Dr. Karl Reidinger gestorben	21
- Besuch aus Novi Sad bei VKÖ	21

polizeinews

- Im Auftrag des Gerichtes ...	7
--------------------------------	---

bericht

- Polizeimesse GPEC 2014	27
--------------------------	----

kommentar

- Weils eh jedem wurscht is'	37
------------------------------	----

9.1.2015

Spezialseminar

"Darknet"

Näheres auf Seite 19



ROCKER DROHEN

Europol warnt in einem Schreiben alle Polizeibehörden der EU-Mitgliedsstaaten. Die Hells-Angels wollen sich wegen zunehmender „Behördenwillkür“ und Vereinsverbotsen mit einer neuen Strategie zur Wehr setzen. Im Europol Rundbrief heißt es wörtlich: „Aktuellen Informationen zufolge sollen alle Mitglieder in Europa dazu aufgefordert sein, bei Polizeikontrollen provokativ bzw. in aggressiver Haltung aufzutreten und Videoaufzeichnungen des Geschehens zu fertigen.“ In einem internen Strategiepapier der Hells Angels werden die Mitglieder aufgefordert gegen jede polizeiliche Maßnahme justiziell vorzugehen und die amtshandelnden Polizisten mit Anzeigen zu überziehen.

VERSICHERUNG GEGEN SCHWARZFAHREN



Schwarzfahrer in Stockholm müssen sich um die saftigen Strafen nicht mehr kümmern, denn das erledigt die eigens zu diesem Zweck gegründete Versicherung Planka.nu <http://planka.nu>. Die Versicherungsnehmer zahlen nur einen geringen Beitrag in die Gemeinschaftskasse ein, von

der dann die Strafen bezahlt werden. Die Idee der Schweden geht auf. Eigenen Angaben nach hat Planka.nu im vergangenen Jahr doppelt so viel eingenommen wie für die Bezahlung der Bußgelder ausgegeben werden musste. Knapp 5.500 Euro hätte die Schwarzfahrer-Versicherung pro Monat von ihren Mitgliedern eingenommen - fast elf Euro pro Person. Immer mehr Kunden nutzen das Angebot. So mussten vor zehn Jahren noch 80 Prozent der Beiträge für Strafen ausgegeben werden.

KRIMINALISTISCHE KOMPETENZ ALS APP



3.300 Seiten hat das „Kriminalisten-Fachbuch KFB – Kriminalistische Kompetenz“ und es ist damit das umfangreichste und vollständigste aktuelle, fachübergreifende Werk dieser Art und einmalig auf dem deutschsprachigen Markt. 48 Fachautoren unter der Chefredaktion des Leitenden Kriminaldirektors a.D. Rolf Rainer Jäger, erstellten das Werk. Das KFB vermittelt wertvolle Erkenntnisse über alle wesentlichen Kriminalitätsfelder und für die Kriminalitätsbekämpfung. Das Werk verbindet Strafrecht und Strafprozessrecht (natürlich deutsches) mit praxisbezogenen Erkenntnissen aus der Kriminalistik, Kriminaltechnik und der Kriminologie.

Das entscheidende ist aber, das KFB gibt es nun auch als App. Grundlagen und Expertenwissen werden damit auf einem modernen Kommunikationsmedium verfügbar. Unkompliziertes Navigieren und selbst das Hinzufügen eigener Notizen wird damit möglich. Regelmäßige Updates halten die KFB-App auf topaktuellem Wissensstand.

Basis für die Nutzung der 6 Fach-Apps ist die Gratis-App, die auf iPhone/iPad oder Android Smartphones/-Tablets heruntergeladen wird. Auf dieser App findet man auch das Gesamtinhaltsverzeichnis, das allein rund 120 Seiten umfasst. Nach der Installation der Gratis-App können die weiteren Buch-Teile erworben werden. Jeder der weiteren 6 Teile kann um jeweils € 29,99 Euro im App Store und Google Play Store erworben werden. Außer dieser Möglichkeit kann man die App auch über www.schmidt-roemhild.de erwerben.

Wer keinen Zugang zu den Stores hat, findet die Gratis App auch unter: www.beleke.de/shop/RID/125/kriminalisten-fachbuch_kfb_kriminalistische_kompetenz/AID/1632

DEUTSCHES BKA HAT NEUEN PRÄSIDENTEN

Holger Münch (53) heißt der neue Chef des deutschen Bundeskriminalamtes. Münch trat Ende November die Nachfolge von Jörg Ziercke an, der das BKA seit 2004 geleitet hat. Die Karriere des neuen BKA-Chefs begann und endete in Bremen. 1987 startete er bei der Bereitschaftspolizei in Bremen, wechselte aber bereits 1991 in das BKA, wo er unter anderem im Staatsschutz tätig war. Seine letzte Position vor der Bestellung als BKA-Präsident war die eines Staatsrates beim Bremer Senator für Inneres.



Spione, Strafen & Skandale

„Die Prostitution ist ein weites Feld“, stellte kürzlich ein Sexualpsychologe im Rahmen einer abendlichen Talk Show fest. Diese Meinung entspricht einer Realität deren Facetten so vielfältig sind wie kaum einer anderen Tätigkeit. Sie reichen vom „Hobby“ bis zur knallharten „Geldmaschine“.

Die Prostitution ist vermutlich so alt wie die Geschichte der Menschheit. Sie hat Kriege und politische Skandale ausgelöst, ließ Regierungen stürzen und beeinflusste die Entstehung und den Zerfall großer Reiche. Was sich immer wieder veränderte, war die Bewertung der käuflichen Liebe an sich. Diese ist bis heute einem stetigen Wandel unterworfen. War der Verkehr mit Prostituierten im klassischen Altertum keineswegs ehrenrührig, so machte sich bereits im Mittelalter eine Form religiös geprägter Doppelmoral breit.

Zwar wurden die öffentlichen Bäder mit bereitwilligen Damen immer wieder gerne in Anspruch genommen. Gleichzeitig waren die dort tätigen Frauen im gesellschaftlichen Leben geächtet und strengen Regelungen unterworfen.

SPIONAGE UND PROSTITUTION

Diese waren meist von Stadt zu Stadt verschieden. Da gab es festgelegte Wohnsitze, die Quartiergeber und offiziellen Aufseher waren meist die „Bader“ und oft auch die städtischen Scharfrichter. Diese sicherten sich damit ein einträgliches Nebeneinkommen und entlasteten damit teilweise auch die Stadtkasse. Darüber hinaus gab es eine strenge Kleiderordnung,

welche die Prostituierten gegenüber anderen Frauen kenntlich machte. Über die Einhaltung dieser ziemlich rigiden Vorschriften wachte ein strenger Magistrat.

Mit dem zunehmenden Aufkommen venereischer Erkrankungen veränderte sich auch die Moral. Ansteckungen mit den damals vielfach unheilbaren Krankheiten wurden oft als Strafe Gottes angesehen und erreichten teilweise epidemische Ausmaße. Medizinische, und in der Folge auch gesellschaftliche und soziale Auswirkungen solcher Krankheiten sind für den Umgang mit der Prostitution bis heute aktuell.

Ein weiteres Phänomen, welches die Prostitution auch historisch immer begleitete, waren bestimmte Formen der Kriminalität. Sie reichen vom Beischlafdiebstahl bis zur Zuhälterei, vom Betrug bis zur Erpressung und einigen anderen Delikten.

Vor allem im Bereich der Spionage spielt die Prostitution bis heute eine nicht unwesentliche Rolle. Wer kennt nicht die Geschichte der niederländischen Tänzerin Margaretha Geertruida Zelle, besser bekannt unter ihrem Künstlernamen „Mata Hari“. Sie wurde am 25. Juli 1917 wegen Doppelspionage und Hochverrat von den

Richtern eines französischen Militärgerichts zum Tode verurteilt und am 15. Oktober 1917 hingerichtet.

VATERLÄNDISCHE GESINNUNG ERWÜNSCHT

Weniger blutrünstig endete die Affäre Profumo. Der englische Kriegsminister John Profumo begann eine Affäre mit dem Mannequin Christine Keeler. Er lernte sie 1961 auf einer Party, kennen. Keeler und ihre Freundin Mandy Rice - Davies waren Mitglieder eines elitären Prostitutionsrings. Die Affäre wurde 1962 öffentlich, als bekannt wurde, dass Keeler eine weitere Beziehung mit dem Marineattaché der sowjetischen Botschaft unterhielt. Rasch kam das Gerücht auf, dass Keeler den Minister im sowjetischen Auftrag ausspi-



John Profumo - Kontakte zu Prostituierten

oniert habe. Sie selbst dementierte dies, entsprechende Beweise sind bis heute nicht bekannt. Profumo, der eine Beziehung zu Keeler bestritt, bekannte schließlich, dass er das Parlament getäuscht habe und trat kurze Zeit später zurück. Christine Keeler wurde des Meineids für schuldig befunden und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Auch der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat, die DDR, welche immer wieder gerne darauf hinwies, dass es sich bei der Prostitution um ein Überbleibsel kapitalistischer Ausbeutung handle, bediente sich gerne der Hilfe von Sexarbeiterinnen im staatlichen Auftrag. Obwohl die Prostitution offiziell verboten war, wurden durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), sowohl männliche, als auch weibliche Prostituierte zur Informationsgewinnung eingesetzt. Bis heute bekannt sind die zahlreichen „Romeos“. Sie wurden meist auf alleinstehende Beamtinnen, von der Sekretärin bis zur Regierungsrätin eingesetzt und dienten der „Abschöpfung“ besonderer Informationen. Aber auch westliche Besucher der DDR gerieten immer wieder in die Sexfalle. Gerade der Umstand, dass die Prostitution offiziell verboten war, wurde von der Staatssicherheit ausgenutzt, um ausländische Besucher zur Zusammenarbeit zu erpressen.

Die dafür angeheuerten Frauen entsprachen dabei keineswegs dem gängigen Klischee. Sie waren meist zwischen 20 und 30 Jahren, unverheiratet und hatten keine Kinder. Fremdsprachenkenntnisse, gutes Aussehen, Bildung, analytische Fähigkeiten und „vaterländische Gesinnung“ waren für die Einstellung Bedingung.

GESCHLOSSENE GESELLSCHAFTEN

Wenig bekannt sind Formen der Prostitution, welche in geschlossenen Gesellschaften stattfinden. Hier verbindet sich oft tatsächliche Ambition mit der Freude am Geldverdienen. Die Akteurinnen (aber auch Akteure) haben meist gutbürgerliche Berufe und sind gesellschaftlich mehr oder minder gut integriert. Auffällig werden sie meist nur beim Auftreten einer



Christine Keeler - Affären mit Geheimnisträgern

einschlägigen Krankheit, Drogenkonsum oder Beziehungsproblemen, die zu Auseinandersetzungen führen.

Die wohl bekannteste Gruppe von Prostituierten, ist jene, die auch im Straßenbild in Erscheinung tritt. Vor allem aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks stammend haben sie sich in den letzten Jahren gewaltig vermehrt. Oft kommen sie aus unmittelbarer wirtschaftlicher Not. Vielfach stehen sie aber unter dem Druck Krimineller und werden als lebende „Geldmaschinen“ eingesetzt.

DRAKONISCHE STRAFEN

Insgesamt gibt es in einigen Ländern Westeuropas, Überlegungen die Prostitution gänzlich zu verbieten. Schweden, Island, Norwegen und Frankreich haben hier eine Vorreiterrolle übernommen und drohen mit nahezu drakonischen Strafen. (Interessant ist, dass Frankreich als er-



Mata Hari - Charme im Dienste der Spionage

stes Land in Europa bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die Prostitution legalisierte und entsprechend gesetzlich regelte.) Über den Erfolg solcher Maßnahmen herrscht unter anderen europäischen Staaten keine Übereinstimmung. Vielfach wird befürchtet, dass die Prostitution durch die Kriminalisierung nicht verschwindet sondern in den Untergrund gedrängt wird.

Auch unter Feministinnen gibt es in dieser Frage keine Einigkeit. Während die einen meinen die Würde der Frauen gesetzlich schützen zu müssen, betonen andere die Freiheit, über den eigenen Körper verfügen zu können. Die deutsche Philosophin Elisabeth Badinter bringt es auf den Punkt, sie meint: "Wenn eine Frau binnen drei Tagen genauso viel verdienen will, wie andere in einem Monat an einer Supermarktkasse, dann ist das ihr Recht".

• josef.w.lohmann@kripo.at

polizei news

Im Auftrag des Gerichts ...

...führten Österreichs Polizisten zwischen 2008 und 2013 insgesamt 17.376 Hausdurchsuchungen durch. Das ergab die Anfragebeantwortung des Justizministers Dr. Brandstetter auf Grund einer parlamentarischen Anfrage vom 11. August 2014. Die jährlichen Zahlen schwankten zwischen 2.698

(2008) und 3092 (2012). 635x wurden Handygespräche aufgezeichnet, 617 x gab es nach Auftrag des Gerichtes eine optisch-akustische Überwachung, also einen großen Lauschangriff, gegen bekannte Täter, 733 gegen u.T. 9.619x wurde eine Nachrichtenüberwachung angefordert. Höhepunkt war das Jahr 2013 mit 2.732 Anträgen. Im selben Zeitraum wurden 18.280 Mal die Übermittlungsdaten von Handys, eMail oder dem Internet abverlangt.

Die so verteuflte Vorratsdatenspeicherung geht in der Anzahl der sonstigen Aufträge fast unter: 2012 wurde 14x und 2013 63x darauf zurückgegriffen.



Neue Vorschriften für das älteste Gewerbe

Karl Strohmeier, Abteilungsinspektor Gruppenführer Stellv. der Prost-Gruppe beim SPK Graz



kripo.at: Ein neues Prostitutionsgesetz soll das älteste Gewerbe zu einem legalen Gewerbe machen. Damit kann man aber auch Steuern kassieren?

Die Prostitution in Graz ist schon seit Jahrzehnten gesetzlich geregelt. Vor Inkrafttreten des Stmk. Prostitutionsgesetzes im Jahre 1997 wurde die Prostitution in Graz mittels Verordnung des Bürgermeisters der Stadt Graz geregelt.

Mit 1.4.2014 trat ein Erlass des BM f. Finanzen in Kraft und zwar über die Besteuerung von Sexdienstleisterinnen und Sexdienstleistern, womit die Prostitution als Gewerbe auch steuerpflichtig ist. Die bisherige Praxis der Versteuerung wurde je nach Zuständigkeit der Finanzämter unterschiedlich ausgelegt und gehandhabt. Es wird jetzt zwischen selbstständiger Prostitution und unselbstständiger Prostitution unterschieden. Als selbstständig gelten nach der Finanz, Prostituierte in Laufhäusern, in Barbetrieben wird die Arbeit, als unselbstständig definiert. Unklar ist nach welcher Art die Steuern zu leisten sind. Hier besteht noch ein gewaltiger Aufklärungsbedarf. Unklar ist auch, wie die Zuständigkeit der Finanzämter geklärt wird, dies deshalb, weil Prostituierte häufig ihren Arbeitsplatz wechseln und teilweise in

einem Jahr in verschiedenen Bundesländern tätig sind.

kripo.at: Das steirische Prostitutionsgesetz unterscheidet sich von jenen der anderen Bundesländer. Das soll angeblich zu Problemen führen?

In einzelnen Bundesländern wie z.B. in Wien ist die Ausübung der Prostitution ab dem 18 Lebensjahr erlaubt, in der Steiermark aber erst ab 19. Eine Prostituierte mit knapp über 18, die schon in einem anderen Bundesland gearbeitet hat, macht hier plötzlich etwas Ungesetzliches. Die Altersgrenze sollte eigentlich bundesweit einheitlich geregelt werden.

kripo.at: Kommen wir zur örtlichen Situation. Warum gilt Graz eigentlich als Hauptstadt der Prostitution?

In Graz ist die Ausübung der Prostitution nur in behördlich genehmigten Laufhäusern und Bordellen erlaubt. Es gibt keine Barbetriebe, wo in Hinterzimmern illegal die Prostitution ausgeübt wird. Die genehmigten Betriebe werden von uns ständig überwacht und bei einem Regelverstoß sofort mit einer Anzeige vorgegangen. Im Milieu hat man eingesehen, dass es besser ist, um eine Bordellgenehmigung anzusuchen. Wenn alle Voraussetzungen vorhanden waren, wurde auch ein Betrieb

genehmigt. Wir kommen vielleicht deshalb zu einer größeren Anzahl von Bordellbetrieben. Derzeit haben wir in Graz 36 behördlich genehmigte Bordellbetriebe, wovon 22 als Bordellbars und 14 als Laufhäuser definiert sind.

kripo.at: Es gibt also keine Straßenprostitution in Graz?

Die Straßenprostitution ist ein eigenes Kapitel. Nach dem steiermärkischen Prost-Gesetz wäre es möglich, dass gewisse Straßen für die Prostitution freigegeben werden. Es ist aber bis dato noch zu keiner Entscheidung gekommen, wo dies sein sollte. Die Straßenprostitution ist wegen der großen Anzahl von Laufhäusern von selbst zum Erliegen gekommen. Man muss aber bemerken, dass sowohl von der Kripo, als auch von den uniformierten Kollegen rigoros auf Straßenprostitution geachtet wurde.

kripo.at: Wenn es keine Straßenprostitution gibt, dürfte es eigentlich auch keine Geheimprostitution geben?

Illegale Prostitution wird es trotzdem immer geben, es ist aber ein äußerst geringer Faktor. Wir haben festgestellt, dass in exklusiven Luxusmassagesalons teilweise Prostitution ausgeübt wird. Wir haben da 2-3 Adressen in Graz. Wir gehen dagegen



Die meisten ausländischen Prostituierten stammen aus Rumänien, Slowakei und Ungarn

laufend vor und erstatten immer wieder Anzeigen.

kripo.at: *Und die Zuhälter?*

Den klassischen Zuhälter gibt es eigentlich nicht mehr. In Laufhäusern und den Bordellbetrieben haben Zuhälter keinen Zutritt, bei der Untersuchungsstelle sowieso nicht. Das heißt die Prostituierten können sich somit frei bewegen. Da es keine Straßenprostitution gibt, fallen auch die Revierkämpfe aus, weil es keinen Gebietsschutz gibt. Wenn eine Prostituierte mit ihrem Ehemann zusammenlebt oder einen anderen Verwandten oder Freund freiwillig finanziell unterstützt, kann man nichts dagegen tun.

kripo.at: *In Wien und den meisten anderen Landeshauptstädten sind vorwiegend Ausländerinnen als Prostituierte tätig. Wie sieht es in Graz aus?*

Ausländerinnen ja, es sind aber meistens EU-Bürgerinnen. Der Hauptteil kommt aus Rumänien, Slowakei und Ungarn. Der Anteil der Österreicherinnen ist äußerst gering, ich schätze ihn auf etwa 2% bis 3%. Bei Prostituierten aus Afrika liegt eigentlich immer ein Asylbescheid vor. Insgesamt sind bei uns etwa 400 – 450 Prostituierte tätig. Registriert sind aber viel mehr, aber die Prostituierten sind nicht immer vor Ort und fahren auch oft für längere Zeit in ihr Heimatland. Es gibt auch einen ständigen Wechsel zwischen

den Bordellbetrieben und so arbeiten viele Prostituierte zeitweise in anderen Bundesländern und kehren irgendwann wieder nach Graz zurück.

kripo.at: *Zum Schluss etwas polizeiinternes. In Graz wurde im Gegensatz zu anderen Polizeidienststellen die Prostitution mit dem Suchtgift zusammengelegt. Warum?*

Bei uns ist die Prostitution im Fachbereich 3 angesiedelt, weil man der Meinung ist, dass Prostitution und Suchtgift eher Verbindungen haben, als Prostitution mit üblichen Sittlichkeitsdelikten. Da auch einige Prostituierte und milieunah Personen Suchtgiftkonsumenten sind, können wir uns sehr gut täglich bei Dienstbesprechungen mit den Kollegen im eigenen Fachbereich austauschen. Meiner Meinung nach hat Prostitution mehr Nähe zu Suchtgift als zu Sittlichkeitsdelikten.

kripo.at: *Ja, aber man weiß doch, dass Zwangsprostituierte oft geschleppt werden?*

Wenn man bei unseren Prostituierten von Zwang spricht, dann ist es eigentlich vorwiegend wirtschaftlicher Zwang. Das heißt, viele Frauen kommen legal nach Österreich, um mit dem hier verdienten Geld ihre Eltern, Kinder oder Verwandte zu unterstützen. Physische Gewalt ist größtenteils nicht vorhanden. Natürlich wird es immer wieder Einzelfälle geben,

in dem Frauen unter falschem Vorwand nach Österreich gelockt und der Prostitution zugeführt werden. Dies ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln über die Grenzen Österreich hinaus durch internationale Zusammenarbeit der Polizei und Justiz zu verfolgen.

kripo.at: *Wie viele Kriminalbeamte kümmern sich in Graz eigentlich um die Prostitution?*

Es gibt nur eine Gruppe mit 4 Mann. Für Bordellkontrollen haben wir aber AGM-Leute*, die uns unterstützen. Die Problematik liegt aber darin, dass diese Beamten keine Milieukenntnisse haben und auch ausgetauscht werden. Effektiver wäre es, wenn unsere Gruppe mit 2 bis 3 Beamten aufgestockt werden würde. Im Rotlichtmilieu ist Bekanntheit ein wesentlicher Faktor. Man muss auch wissen, dass diese AGM-Beamte bei uns keine Akte abschließen und die Prost-Gruppe auch alle Delikte bearbeiten muss, die irgendwie mit dem Rotlichtmilieu zu tun haben, also Körperverletzung, Gefährliche Drohung usw.

- Mit Karl Strohmeier sprachen Richard Benda und Franz Scheucher.

(*AGM = Ausgleichsmaßnahmen, Beamte die früher an der Grenze für fremdenpolizeiliche Maßnahmen eingesetzt waren)

Prostitution in Österreich

Prostitution umfasst alle als gewerbsmäßig und gegen Entgelt erbrachten sexuellen Handlungen mit Körperkontakt. Die Ausübung der Prostitution ist in Österreich durch Bundes- und Landesgesetze geregelt und daher unter Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen legal. Seit 1984 sind SexdienstleisterInnen einkommenssteuerpflichtig, die Möglichkeit der Sozialversicherung folgte 1998.

Der Oberste Gerichtshof hat am 18.04.2012 sein Urteil aus dem Jahr 1989 revidiert und festgestellt, dass bezahlte Sexdienstleistungen nicht mehr sittenwidrig sind. Wurde die sexuelle Handlung gegen vorher vereinbartes Entgelt vorgenommen oder geduldet, so begründet diese Vereinbarung eine klagbare Entgeltforderung. Ein klagbarer Anspruch auf Vornahme oder Duldung einer sexuellen Handlung besteht nicht. Dennoch besteht nach wie vor eine starke Stigmatisierung dieser Berufsgruppe.

In den Bundesgesetzen – AIDSGESETZ, GESCHLECHTSKRANKHEITENGESETZ – sind die entsprechenden amtsärztlichen Untersuchungen vorgeschrieben. Vor Aufnahme der Tätigkeit und anschließend einmal wöchentlich müssen sich SexdienstleisterInnen einer amtsärztlichen Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten unterziehen. Diese Untersuchungen werden ebenso wie eine alle drei Monate zu erfolgende amtsärztliche Untersu-

chung auf HIV-Infektionen und eine jährliche Tuberkuloseuntersuchung auf der sog. Gesundheitskarte (im Chargon als „Deckel“ bekannt) vermerkt.

Alle anderen Vorschriften, insbesondere die Voraussetzungen für das Anbieten und die Vornahme sexueller Dienstleistungen, finden sich in der Landesgesetzgebung. Deshalb kommen in Österreich in jedem Bundesland eigene gesetzliche Bestimmungen zum Tragen. (Einen Auszug aus den Landesgesetzlichen Vorschriften finden Sie auf unserer Homepage www.krippo.at/Fachartikel)

AMTSÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGEN VORGESCHRIEBEN

In allen Bundesländern ist festzustellen, dass kaum noch österreichische SexdienstleisterInnen –zumindest im legalen Bereich – tätig sind. Etwa 95% der in Bordellbetrieben und am Straßenstrich tätigen SexdienstleisterInnen sind Mi-

grantInnen, davon die Mehrzahl aus den neuen EU-Ländern, insbesondere aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Die Möglichkeit, legal und selbständig in der Sexarbeit tätig zu sein, hängt für diese Personen zunächst von der Frage ab, ob sie das Recht auf Aufenthalt und selbständige Tätigkeit in Österreich haben. Dieses Recht steht StaatsbürgerInnen aus den EU-Staaten grundsätzlich zu, für Drittstaatsangehörige hingegen stellt sich die Rechtslage erheblich schwieriger dar. So berechtigt z.B. ein Aufenthaltstitel aus einem anderen EU-Staat Drittstaatsangehörige noch nicht zur Ausübung der Prostitution in Österreich.

Der Trend der letzten Jahre zur Eröffnung von Großbordellen mit bis zu 60 SexdienstleisterInnen in Form von FKK Saunaclubs mit Wellnessbereich hält nach wie vor an. Die Objekte werden von eigens gegründeten Errichter-Gesellschaften gebaut bzw. werden auch ehemalige Firmengebäude umgebaut. Für den Bordellbetrieb selbst wird eine eigene Betreibergesellschaft

gegründet. Hier wurde festgestellt, dass vermehrt Personen aus dem deutschen Rotlichtmilieu versuchen, in Österreich Fuß zu fassen. Als Inhaber für die jeweiligen Bordellbewilligungen treten jedoch nach wie vor Personen aus Österreich in Erscheinung. Die klassischen Formen der Prostitutionsausübung – Bordelle, Bars, Saunacclubs, Massagestudios – haben nicht an Bedeutung verloren. In den letzten Jahren gewinnt das Anbieten von Sexdienstleistungen via Internet bzw. Mobiltelefone sowie in Laufhäusern jedoch immer mehr an Bedeutung.

ESCORT-AGENTUREN

Zudem ist eine Steigerung an SADO MASO (SM)-Studios sowie der Prostitutionsausübung durch Transsexuelle zu verzeichnen. Die Nachfrage nach diesen beiden Erscheinungsformen steigt ständig und können hier „Höchstpreise“ erzielt werden.

Am schwierigsten unter Kontrolle zu halten ist mit Sicherheit die Ausübung der Prostitution über Escort-Agenturen. In diesem Zweig herrscht auch die größte Vermischung aus legaler und illegaler Prostitution. Hier wird offiziell „Begleitung“ angeboten, tatsächlich umfasst diese in den meisten Fällen auch sexuelle Dienstleistungen.

Die Wohnungsprostitution, also die Ausübung sexueller Dienstleistungen in Privatwohnungen, ist in allen Bundesländern verboten, ausgenommen Hausbesuche.

772 Rotlichtbetriebe gemeldet

Eine legale Prostitutionsausübung am „Straßenstrich“ ist derzeit nur in Wien möglich. Die Orte, an denen in Wien die Straßenprostitution legal erfolgen darf, sind durch das Wiener Prostitutionsgesetz sowie darauf basierende Verordnungen festgelegt. Für die derzeit bestehenden Bereiche des Straßenstriches in Wien 23. sowie in Wien 21 wurde per Verordnung eine zeitliche Beschränkung erlassen. Auffallenden illegalen Straßenstrich gibt es ansonsten derzeit nur in Innsbruck und Salzburg, wo seitens der Exekutive umfassende Kontroll- und Straf-

maßnahmen zur Eindämmung durchgeführt werden.

Mit Stand 31. Dezember 2014 wurden dem Bundeskriminalamt (.BK) – Büro 3.4 von den Landeskriminalämtern insgesamt 772 Rotlichtbetriebe gemeldet. Die Rotlichtlokale in Österreich werden hauptsächlich als Bordelle, Laufhäuser, Saunacclubs, Go-Go-Bars, Bars, Studios, Animierlokale sowie Peep-Shows geführt. In Vorarlberg besteht keine einzige Bordellgenehmigung und handelt es sich bei den gemeldeten Lokalen ausschließlich um Go-Go-Bars. In Tirol ist die Anzahl der Go-Go-Bars mit 42 gegenüber 11 Bordellen im Vergleich zu den östlichen Bundesländern ebenfalls hoch. Der Trend der letzten Jahre zur Eröffnung bzw. Umwidmung von bestehenden Bordellbetrieben in Laufhäuser und Sauna-Clubs sowie die Errichtung von Großbetrieben mit 50 bis 70 Sexdienstleisterinnen hält nach wie vor an.

SEXUELLE AUSBEUTUNG

Strafrechtlichen Schutz vor sexueller Ausbeutung in der Prostitution bieten vor allem Verbote jeglicher Handlungen, die Personen unter 18 Jahren der Prostitution zuführen, ihre „Dienste“ in Anspruch zu nehmen oder davon zu profitieren (§ 207b StGB „Sexueller Missbrauch von Jugendlichen“ sowie § 215a StGB „Förderung der Prostitution und pornographischer Darbietungen Minderjähriger“), das Verbot jemanden maßgeblich zu beeinflussen in der Prostitution tätig zu werden (§ 215 StGB „Zuführung zur Prostitution“), das Verbot sich aus der Prostitution anderer zu bereichern (§216 StGB „Zuhälterei“), das Verbot (auch bereits in der Prostitution tätige) Personen aus einem anderen Staat anzuwerben (§ 217 StGB „Grenzüberschreitender Prostitutionshandel“) und das Verbot bestimmter Handlungen im Vorfeld der Ausbeutung von Personen (§ 104a StGB „Menschenhandel“).

Internationale Berichte zeigen, dass die sexuelle Ausbeutung einer der Hauptgründe von Menschenhandel ist. Die Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und des



Wohnungsprostitution ist verboten

Grenzüberschreitenden Prostitutionshandel sind vorwiegend weiblich, wobei in Österreich in letzter Zeit auch vermehrt männliche Personen betroffen sind.

Ermittlungsverfahren in den letzten Jahren zeigen, dass es sich in diesem Deliktsbereich nicht ausschließlich um kriminelle Organisationen sondern vermehrt auch um Einzeltäter handelt. Diese Einzeltäter akquirieren die Opfer im Heimatland durch Vortäuschen einer Liebesbeziehung und im Zuge eines Auslandsaufenthaltes überreden sie die Frauen, der Prostitution nachzugehen, um sich dadurch einen besseren Lebensstandard ermöglichen zu können. Wenn diese Frauen nach einiger Zeit feststellen, dass sie vom erwirtschafteten Einkommen nichts selbst behalten können bzw. dürfen und auch keine finanziellen Rücklagen für eine spätere gemeinsame Zukunft im Heimatland gebildet werden oder sie mit der Prostitutionsausübung aufhören wollen, kommt es in weiterer Folge wieder zu Zwang und körperlicher Gewalt gegen die Opfer. Dieser Modus Operandi betrifft vor allem Opfer, die in den Heimatländern einer ethnischen Minderheit angehören. Im Milieu hat sich zwischenzeitlich bereits der Ter-



Kriminelle Organisationen in Nigeria verkaufen Frauen nach Europa

minus „LOVERBOYS“ für diese Täterform gefestigt.

Die in Österreich festgestellten Opfer stammen überwiegend aus den sogenannten „neuen EU-Ländern“, und hier vorwiegend aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Das Topherkunftsland betreffend Opfer aus Drittstaaten im Bereich

ZWANG UND KÖRPERLICHE GEWALT

der sexuellen Ausbeutung ist Nigeria. Die Ermittlungen gegen nigerianische Tätergruppen gestalten sich äußerst schwierig, da die Opfer meist zu keiner Kooperation mit den Exekutiv- bzw. Justizbehörden bereit sind. Des Weiteren bedarf es hier noch intensiver Schulungsmaßnahmen für die einschreitenden Beamten/Innen, um das Verständnis für die eindeutig vorhandenen kulturellen, religiösen und ethnischen Besonderheiten der afrikanischen Volksgruppen zu fördern.

Überdies ist jedoch auch eine Verbesserung der Kooperation mit den nigerianischen Behörden erforderlich, da die Führungsebene dieser kriminellen Organisationen meist in Nigeria aufhältig ist und somit eine wirkungsvolle Zerschlagung der Gruppierungen nur durch gemeinsame internationale Ermittlungen möglich ist. Aufgrund der bisher in Österreich geführten Ermittlungsverfahren wegen Verdacht des Menschenhandels aus Nigeria nach Österreich bzw. Europa zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wurde immer der gleiche Modus Operandi festgestellt, der einige Besonderheiten in sich

birgt und daher hier auszugsweise angeführt wird:

Typischer Weise werden die Frauen in Nigeria – hier vor allem in Regionen wie Edo State – zumeist durch Bekannte oder Familienangehörige angesprochen und eine legale Beschäftigung in Europa im Haushalt, Restaurants, Friseur usw. bei lukrativer Bezahlung in Aussicht gestellt. Danach erfolgt die Zuführung an lokale „Madams“ bzw. „Agents“. „Madams“ sind Frauen, zumeist älter als die Opfer, welche in Nigeria als Erstkontakt dienen, um die Frauen der/den Schlepperorganisation(en) zuzuführen und den Kontakt zu „Madams“ in Europa herzustellen. „Madams“ in Europa sind die finalen „Abnehmer“, welche die Frauen gleichermaßen in Nigeria bestellen und dann in den Ländern gegen

Bezahlung an die Schlepperorganisation kaufen. Die auf diese Weise geschleppten Frauen müssen den „Madams“ hohe Geldbeträge in Form von Prostitutionsausübung abarbeiten, es werden Summen über €50.000.- genannt. „Agents“ sind Schlepper, vorwiegend Männer, welche die Opfer in Nigeria mit ge-/verfälschten Dokumenten versorgen, die Opfer instruieren, die Reise nach Europa organisieren und auch den Kontakt in Europa herstellen, um die Opfer den „Madams“ zuzuführen. In Nigeria existiert eine örtliche Form des Voodoo – Juju genannt. Nach den bisherigen Erkenntnissen muss sich jedes Opfer einem Ritual unterziehen, in welchem animistische Handlungen an den Opfern vollzogen werden, die für den europäischen Kulturkreis nur sehr schwer nachvollziehbar sind. Vor allem, da sich die Opfer zutiefst an diese Schwüre/Rituale gebunden sehen und wirklich enorme Angst haben, bei Eidbrüchigkeit zu sterben bzw. den Wahnsinn anheim zu fallen. Hinzu kommt, dass Opfer in Europa zusätzlich auch häufig mit Gewalt gegen ihre Familien in Nigeria bedroht werden. Weiters wurde bemerkt, dass Opfer nigerianischer Herkunft nach Ableisten ihrer Schuld oftmals zu Täterinnen werden, selbst als „Madams“ fungieren und ihrerseits junge nigerianische Mädchen der Prostitution zuführen und diese ausbeuten.

• helmut.baertl@kripo.at

MENSCHENHANDELS-HOTLINE IM .BK

Das BM.I / Bundeskriminalamt hat im April 2010 eine Meldestelle eingerichtet, um den Kampf gegen Menschenhandel weiter zu intensivieren. Bürger können Hinweise zu Menschenhandel per Telefon unter: **+43 1 24836 985383** oder per E-Mail unter menschenhandel@bmi.gv.at melden. Die Meldungen werden von sachkundigen Beamten des Büro 3.4-Zentralstelle Bekämpfung Schlepperkriminalität/Menschenhandel/Rotlichtkriminalität entgegengenommen. Diese Meldestelle ist rund um die Uhr erreichbar. Hinweise können, wenn gewünscht, auch anonym mitgeteilt werden. Ziel ist es, Opfer von Menschenhandel schneller identifizieren zu können und die Hemmschwelle, mögliche Formen der «modernen Sklaverei», zu senken. Die Hotline im Bundeskriminalamt ist nicht als Notruf zu verstehen, sondern als zusätzliche wichtige Maßnahme im Kampf gegen Menschenhandel.



Abschöpfungsexperte, Reinhold Ernst, LKA-Burgenland

Abschöpfung

... den Tätern, den Rahm aus der Suppe schöpfen!

Mit einem wahren „Top-Thema“ und mit einem wahrhaftig „Top-Vortragenden“ endet die diesjährige Vortragsserie im (Weiter- und Fort)Bildungszentrum der VKÖ. Reinhold ERNST, CI. MSc. vom Landeskriminalamt Burgenland offenbarte einem erlesenen Teilnehmerkreis sein umfassendes fachliches Wissen und entleerte am 27.10.2014 ein Füllhorn an praktischen Erfahrungswerten und Anleitungen zum Thema Abschöpfung. Das Motto bei der Abschöpfung lautet: den Verbrechern über die jeweilige Staatsanwaltschaft möglichst alles Geld und alle Güter wieder wegzunehmen, die sie aus strafbaren Handlungen „erwirtschaftet“ haben. Zweifelsfrei reden wir hier von einem hochkomplexen Hoheitsakt des Justiz- und Innenressorts. ERNST vermittelte in beeindruckender Weise sowohl eine beruhigende Handlungssicherheit, als auch eine bestimmte „Leichtigkeit“ des faktischen Tuns und Umsetzens. Ein „Suchtgiftbaron“, der aus seinem glitzernden roten Ferrari den Ermittler „zynisch/freundlich“ zuwinkt, hätte bei ERNST keine Chance seine Fahrt, so wie er es bisher gewohnt war, unbehelligt fortzusetzen. Wenn es nach ihm und nach den Vorstellungen der anwesenden KollegenInnen aus dem Kriminaldienst der Bundesländer B, OÖ, ST, T und W und dem .BK geht, dann sollten solche Verbrecher ihren Weg wohl nur mehr zu Fuß fortsetzen können. Gleiches gilt für Diebe, Einbrecher, Räuber, Menschenhändler, Betrüger, Wirtschaftstäter und viele andere mehr! Ganz im Sinne und ganz zur Zufriedenheit der VKÖ, die auch bei ihren künftigen hochwertigen Bildungsveranstaltungen auf die Fortsetzung der großartigen Unterstützung des Herrn Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit hofft

Großes Interesse bestand bei allen Teilnehmern



Sicher in den besten Jahren

Am 09. Oktober 2014 veranstaltete der „Assistenzbereich Kriminalprävention“ des Landeskriminalamtes Niederösterreich in enger Zusammenarbeit mit Präventionsbeamten des BPK Zwettl, insbesondere mit dem PI-Kommandanten von Groß Gerungs, Alfred LUGAUER, die 6. Jahrestagung der Kriminalprävention im Gesundheitszentrum Groß Gerungs.

Die Jahrestagung dient der Weiterbildung und Vernetzung innerhalb der polizeilichen Kriminalprävention.

Da ältere Menschen immer öfter Opfer von Kriminalität in verschiedensten Deliktsfeldern, wie z.B. Betrug, Gewalt oder im IT-Bereich werden, wurde im heurigen Jahr der Themenschwerpunkt „Sicherheit im Alter“ gewählt. An der Veranstaltung nahmen über 120 Präventionsbeamtinnen und Präventionsbeamte aus allen Bezirken Niederösterreichs teil. Unter den Gästen konnten auch der Leiter des Landeskriminalamtes NÖ, Brigadier POLZER, und der Bezirkspolizeikommandant von Zwettl, Obstlt. MADER, begrüßt werden.

Zum Thema Seniorensicherheit konnten Vortragende aus verschiedenen Bereichen gewonnen werden. Es referierten:

- *Christa HÖRMANN* von der Konsumentenberatung der Arbeiterkammer – NÖ zum Thema „Wie leicht der älteren Generation das Geld aus der Tasche gezogen wird“
- *Mag. Henriette HÖFNER* von der Fachstelle für Gewaltprävention zum Thema „Gewalt gegen Ältere“
- Chefinspektor Alfred KAINZ vom Landeskriminalamt Niederösterreich zum Thema „Enkel- / Neffentrick“
- *Mag. Max EDELBACHER*, Hofrat i.R., Vizepräsident des „Academic Council on the United Nations System Wien“ zum Thema „Internationale Präventionsprojekte“

Tenor der Gäste und teilnehmenden Beamten nach dem Ende der Veranstaltung: informativ und spannend.

v.l.n.r.: Franz Schuster, VKÖ; ChefInsp Andreas Bandion, LKA NÖ; HR i.R. Max Edelbacher; Fritz Wild GF Herz- Kreislaufzentrum Groß Gerungs; Christa Hörhan AK NÖ-Konsumentenberatung; Henriette Ofner, Gewaltprävention; Brgdr Franz Polzer, Leiter LKA NÖ; ChefInsp Alfred Kainz; Leiter LKA NÖ EB Betrug



**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Helmut Bärtil, Peter Grolig, Frank Dieter Stolt, Peter Niggel (Berlin)

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten,	Andreas Bandion, niederösterreich@kripo.at
	Wr. Neustadt	Leopold Just, wrneustadt@kripo.at
Oberösterreich:	Linz,	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	nicht besetzt	sekretariat@kripo.at

Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3. **Verlags- und Herstellungsstelle:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at
Veröffentlichung nach Pressegesetz.



Unsere Kooperationspartner

**TERMINE****Weihnachtsfeier und Ehrungen**

15. Dezember 2014, 18.00 Uhr

Sicherheitsbildungszentrum 1090 Wien, Müllnergasse 4

Spezialseminar "Darknet"

9. Jänner 2015, 14.00 -18.00 Uhr

Wie sich Kriminelle im Internet verstecken und wie man sie doch entdeckt.

Vortragende: *Andreas Dengg und Robert Taferner – LKA-Wien*

Aus kriminaltaktischen Gründen sind zu dem Seminar nur Polizeibeamte zugelassen.

Sicherheitsbildungszentrum, 1090 Wien, Müllnergasse 4

Tagesseminar „Elektrobrände“

16.+17.April 2015, 09.00 Uhr

Sicherheitsbildungszentrum 1090 Wien, Müllnergasse 4

VORSCHAU 2015**Demoskopie des Polizeidienstes**

In dieser Ausgabe unserer Zeitschrift kripo.at finden Sie an mehreren Stellen Artikel über die Überalterung der Polizei, speziell des Kriminaldienstes. Selbstverständlich haben wir im BMI. angefragt, wie unser Dienstgeber die Situation sieht.

Man war dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossen und der Leiter der Gruppe II/A, General Matthias Klaus antwortete wie folgt:

Die Altersstruktur gerade im Kriminaldienst stellt uns zweifelsohne vor eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Die Altersstruktur in der gesamten Sicherheitsexekutive macht eine adäquate Personalführung in den Kriminaldienst nicht einfacher.

Insbesondere im Hinblick auf die derzeit in Erarbeitung befindlichen Details für die Führungs- und Fachkarriere, im Rahmen derer auch die spezifische Fachausbildung im Kriminaldienst „generalüberholt“ wird, darf ich ersuchen in einer der nächsten Ausgaben diese dort darzustellen, um bestehende Lösungsansätze auch gleich konkretisieren zu können.

Gerne werden wir bei Einlangen der entsprechenden Unterlagen von Seite des BMI diese veröffentlichen.

Möglichkeiten und Grenzen der geografischen Profilerstellung

Unser Mitglied Daniel Smeritschnig hat sich den Fall Franz Fuchs (Anschlagserie Briefbomben 1993-1996) vorgenommen und durchgespielt, ob es durch die wissenschaftliche Methode der kriminalgeografischen Profilerstellung unter Verwendung quantitativer Analysetechniken zu einer Ausforschung hätte kommen können. Diese Arbeit wurde von der VKÖ gesponsert.

Das Ergebnis lesen Sie aber erst in der Februar Ausgabe von kripo.at.

MITGLIEDER-TREFFS**„MITGLIEDERTREFF DER WIENER“**

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr

Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

„MITGLIEDERTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr

Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE

Walter MISZBICHLER
Linz
im 81. Lebensjahr

kripo.at-Rätsel


**Lösung unseres Rätsels
aus dem letzten Heft:**

Für junge Kollegen ist „Adrienne mit der Fleischmaschine“ kein Begriff mehr, doch offensichtlich ist sie bei älteren Kollegen noch gut bekannt, dem entsprechend die Einsendungen.

Die Lösung: Der Fall der Adrienne Eckhardt war einer der aufsehenerregendsten der frühen Nachkriegszeit. Eckhardt hatte mit einer Fleischmaschine in der Nacht vom 21. zum 22. November 1952 den als „Cadbury-Schokolade-König“ bezeichneten Franz Arthold erschlagen. So lautete zumindest die Urteilsbegründung für ihre lebenslange Haftstrafe. Das erste Geständnis widerrief Eckhardt und bezeichnete vor dem U-Richter ihren Drogenlieferanten namens Bertini als Täter. Die Besonderheit an diesem Fall: Das Haus in dem der Mord geschah wurde niedergerissen und dem Neubau des Landesgerichtes Wien einverleibt. Tatort und Ort der Verurteilung waren somit ident.



Adrienne Eckhardt bei ihrer Gerichtsverhandlung

Der Gewinner: Die erste Einsendung, die bei uns eintraf war von Prof. Hans Hautmann und wird mit einem Buchpreis belohnt. Wir danken gleichzeitig allen Einsendern deren Zusage uns später erreicht hat.

Unsere aktuelle Rätselfrage:

Vom 28.7. bis 1.8.2014 wurde eine internationale Polizeiaktion, an der sich auch österreichische Beamte beteiligten, mit dem Namen „Paso del Estrecho“ durchgeführt. Wogegen richtete sich diese Aktion?

Die erste richtige Einsendung wird wieder mit einem Buchpreis belohnt. Einsendeschluss 7.1.2015

Ehemaliger Polizeipräsident Dr. Reidinger verstorben

Am 3. Oktober 2014 ist der langjährige Wiener Polizeipräsident Dr. Karl Reidinger verstorben. Präsident Reidinger war von 1973 bis 1988 Polizeipräsident in Wien. Er wurde 1922 in Wiener Neustadt geboren und trat im Jahr 1948 nach der Promotion zum Dr. juris an der Grazer Karl Franzens Universität als Konzeptsbeamter in die Bundespolizeidirektion Wien ein. Seine Ernennung zum Polizeipräsidenten erfolgte im Jahr 1973. Außerhalb der Exekutive zeichnete Dr. Reidinger die Liebe zur Jagd und zum Fußball aus. Er war Landesjägermeister Stellvertreter von Wien und Niederösterreich sowie Vorstandsmitglied der Wiener Austria.


Besuch aus Serbien bei der VKÖ

Auch heuer konnten wir wieder Angehörige der Polizeischule Novi Sad (Serbien) bei der VKÖ begrüßen. Drei Schüler, die die deutsche Sprache lernen, und eine Professorin kamen für ein Wochenende zu uns, um die Wr. Polizei kennen zu lernen und ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen. Hofrat Mag. Sprinzl und Angehörige der PI - Fuhrmannsgasse stellten das Wr. Polizeisystem und die Ausrüstung der Wr. Polizei vor. Besonders die neuen Schutzwesten, die sie auch anprobieren durften, hatten es den serbischen Kollegen angetan. Einen Höhepunkt im Besuchsprogramm stellte auch das Wiener Kriminalmuseum, durch das Hofrat Mag. Edelbacher führte, dar.



Anprobe der neuen Schutzweste

Die Vereinsleitung und die Funktionäre der VKÖ in den Bundesländern wünschen den Mitgliedern und Freunden ein besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2015.

Wir danken Ihnen für Ihre Treue und Unterstützung und freuen uns weiter für den Kriminaldienst zu arbeiten.

Zwei ... die es erleben

Das Gespräch mit den beiden Sexarbeiterinnen fand in den Räumlichkeiten der LEFÖ / Migrantinnenunterstützung in Wien 5., im Beisein von zwei Mitarbeiterinnen dieser Organisation statt. Um die Anonymität der beiden Frauen zu wahren, wurden sie mit „Anna / A“ und „Maria / M“ bezeichnet.

Woher kommen Sie beide und wie lange sind Sie schon in Österreich?

A: Ich komme aus Transsylvanien (Rumänien) und bin nach einem Streit mit meinem Freund in Rumänien, jetzt ca. sechs Jahren hier.

M: Ich stamme aus Moldawien, bin ebenso rumänische Staatsbürgerin, ca. sieben Jahre lang hier und bin mit einem Zuhälter per Zug nach Wien gekommen.

Wie nahmen Sie Kontakt mit den hier üblichen Arbeitsverhältnissen und Lebensumständen auf?

A und M: Unsere Kontakte wurden meistens über Agenturen und Büros hergestellt bzw. abgewickelt; d.h. wir erhalten von dort die Anschriften unserer Kunden, besuchen sie und je nach Konditionen rechnen wir dann ab.

Wie waren Ihre damaligen Verhältnisse in Wien?

A: Ich bin durch Vermittlung eines Freundes zu einer Agentur gegangen und von mir wurden Fotos angefertigt und meine persönlichen Daten vermerkt. Dort wurde auch besprochen, wie ich mich gegenüber den einzelnen Kunden zu verhalten

habe. Der jeweilige Betrag wurde von der Agentur festgelegt, per Chauffeur wurde ich zur Anschrift gebracht und ich musste beim Eintreffen beim Kunden das Geld verlangen. Je nach Umstand wurden per telefonischem Rückruf auch zeitliche und preisliche Abänderungen vorgenommen. Durchschnittlich hatte ich am Anfang zwei bis fünf Kunden pro Tag. Später waren es nur ca. zwei Kunden pro Tag.“

MEINE FAMILIE WEISS NICHTS VON MEINER TÄTIGKEIT HIER UND ICH WILL ES MIR GAR NICHT VORSTELLEN

M: Als ich damals nach Wien gekommen bin, hat mich mein Freund in die Szene eingeführt und ich habe auch gewusst, welche Tätigkeit ich hier ausüben soll. Schon am zweiten Tag bin ich über Vermittlung einer Agentur meiner Beschäftigung nachgegangen. Der jeweilige Kunde erfährt aus den einschlägigen Zeitungen, Magazinen und vor allem aus dem Internet, die Telefonnummern der „Agenturen“ und nimmt mit diesen dann Kontakt auf. Wir sind cirka gleich alt, nämlich 25 Jahre und kamen mit 18 Jahren nach Wien.

Wie leben Sie derzeit, bzw. in welchen Verhältnissen?

A: Ich habe in unterschiedlichen Wohnverhältnissen gelebt. Derzeit lebe ich mit Maria in einer gemütlichen Mietwohnung seit ca. fünf Jahren, die ca. 86 m² groß ist. Vorher wohnte ich beispielsweise in einer Pension. Diese Wohnung ist Teil einer größeren Wohnanlage. Auf unserer Stiege sind ca. dreißig – überwiegend ältere Personen – wohnhaft. Zu dieser Zeit wollte mein Freund jedoch nicht, dass ich die „grüne Karte“ beantrage. Dies deswegen, damit ich gegen ihn eventuell keine Anzeigen erstatten könne, da ich mich zu diesem Zeitpunkt selbst gegenüber der Polizei und dem Magistrat strafbar gemacht habe.

Wieviele sexuelle Kontakte haben Sie derzeit durchschnittlich pro Tag?

A: Dies ist sehr verschieden, aber man könnte sagen, ca. zwei pro Tag. Wobei ich selbst manchmal eine Woche oder länger meiner Tätigkeit nicht nachgehe. Ich betreibe noch zusätzlich eine eigene Webseite.

Dies hat für mich den Vorteil, dass ich mit der Agentur nicht teilen muss. Man-



Der Kontakt mit der Polizei lässt sich nicht vermeiden

che Agenturen reagieren darauf gar nicht, andere wiederum haben dies in ihren Verträgen ausdrücklich untersagt.

M: Auch ich habe eine ähnliche Kontaktanzahl diese laufen wie bei „Anna“ über eine Agentur. Die Mieter auf unserer Stiege – so nehme ich an – wissen nicht, welcher Tätigkeit wir nachgehen. Wir haben fast keinen Kontakt mit ihnen. Es ist ja so, dass ich eben zu den einzelnen Kunden – deren Anschriften ich vorher von der Agentur erhalte – komme.“

Wie ist Ihr Verhältnis zu den anderen Frauen, die auf der Straße arbeiten?

A: Für mich sind diese keine Konkurrenz, weil ich ohne Zuhälter bin und meine finanziellen Umstände allein bestimme; d.h., ich verlange von meinen Kunden, von Fall zu Fall, jenen Betrag, der mir angebracht erscheint.

M: Es gibt aber auch Differenzen und Auseinandersetzungen; beispielsweise war ich mit einer zweiten Frau bei zwei Männern und es ist deswegen zu einem Streit gekommen, weil ich einen höheren Preis gefordert habe, als sie.“

Wie ist Ihre Beziehung zu Ihrer Familie und Bekannten in Rumänien?

A: Mit ihnen bin ich über Telefon, Internet und face-book verbunden. Über meine Tätigkeit hier spreche ich bewusst nicht mit meiner Familie und ich weiche solchen Fragen sehr aus. Bei mir weiß meine Familie was ich hier tue, aber es wird nicht Genaueres darüber geredet.

M: Meine Familie weiß nichts von mei-

ner Tätigkeit hier und ich will es mir gar nicht vorstellen, wenn z.B. meine Mutter das wüsste.

Wie ist Verhältnis zur Polizei, zu Ämtern und Behörden?

M: Abgesehen von Anzeigen, die mit Geldstrafen verbunden waren, wurde ich z.B. von

einem Kunden wegen Körperverletzung angezeigt; dies deshalb, weil er mich im Zuge von sexuellen Handlungen schlagen wollte. Ich lehnte dies ab und habe mich körperlich gewehrt, was mir eben diese Anzeige einbrachte, da mir noch zusätzlich ein Gelddiebstahl unterstellt wurde.

A: „Besonders bei der medizinischen Untersuchung bezüglich der grünen Karte, spürt man die sehr unpersönliche Art des Personals. Es sollte dort mehr Informationen über den gynäkologischen Bereich geben.“

Wie ist ihr Verhältnis zum Verein LEFÖ (Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen)?

A: Als ich einmal mit einer Agentur Schwierigkeiten hatte, kam ich mit LEFÖ in Berührung. Hier war man mir auch unter anderem wegen meiner Anmeldung bei der Steuerbehörde behilflich. Für mich ist dies auch ein Schritt in die Legalität. Auch als ich einmal schwanger war, hat mir der Verein bei der Schwangerschaftsunterbrechung geholfen.

M: Auch ich werde dies tun, den entsprechenden Antrag beim zuständigen Finanzamt habe ich schon eingebracht. Auch habe ich bei LEFÖ einen Deutschkurs gemacht. So ein Kurs dauert fünf Monate und hat pro Woche zwei Unterrichtstage mit je drei Stunden.

Denken Sie manchmal an einen Aus-

oder Umstieg aus Ihren jetzigen Verhältnissen?

A: Wenn ich den Deutschkurs beendet habe, werde ich versuchen einen ganz normalen Beruf – wie etwa in der Gastronomie – auszuüben. Aber ich werde jedoch – beispielsweise – meine jetzige Tätigkeit eventuell am Wochenende beibehalten.“

M: Meine Vorstellungen wären vielleicht als Krankenschwester oder Kellnerin zu arbeiten. Aber ich will das noch nicht jetzt tun. Meine Deutschkurse will ich noch abschließen und – ich will noch mein Leben leben...!“

Wie sind Ihre finanziellen Verhältnisse ?

M: Ich habe keine Ersparnisse und Rücklagen; ich lebe von meinen Einnahmen. Gleichzeitig unterstützte ich meine Eltern in Rumänien so gut ich kann; das Leben in Österreich ist aber sehr teuer !

A: Auch ich habe kein Geld ersparen können. In unseren Verhältnissen sind die Einnahmen eben nicht vorhersehbar und es gibt eben ca. viertausend Frauen in Wien, die eine große Konkurrenz darstellen.

Welche sanitären Verhältnisse sind für Sie wichtig?

A: Ich gehe mit einer Mitarbeiterin von LEFÖ als Streetworkerin-Praktikantin in verschiedene einschlägige Lokale und spreche mit den dort beschäftigten Frauen. Sie erhalten von uns Informationen und z.B. auch Kondome; als Frau – die sich in ihren Verhältnissen auskennt – ist es für mich leichter, mit ihnen zu sprechen. Ich war noch nie venerisch erkrankt.

M: Im Zuge meiner Tätigkeit bin ich sehr wohl im Alter von zwanzig Jahren einmal mit Syphilis angesteckt worden. Ich wurde damals vollständig ausgeheilt. Wir beide üben Sex nur geschützt aus und lehnen andere Wünsche ab.

WIR BEIDE ÜBEN SEX NUR GESCHÜTZT AUS UND LEHNEN ANDERE WÜNSCHE AB.

MEINE VORSTELLUNGEN WÄREN VIELLEICHT ALS KRANKENSCHWESTER ODER KELLNERIN ZU ARBEITEN.

• Das Gespräch führte
Oberst Willibald PLENK

PTBS - Eine "Polizeikrankheit"

Widerfährt einem Menschen eine lebensbedrohliche Situation, ein Ereignis katastrophalen Ausmaßes, wie z.B. eine Naturkatastrophe, Verkehrsunfall, gewalttätige Übergriffe, Missbrauch auf körperlicher (sexueller) oder emotionaler Ebene, eine Entführung, Geiselnahme oder sogar Folter und Krieg, so ist die natürliche Reaktion auf ein solches Erlebnis die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS).

Diese tritt nicht nur beim Erleben eines solchen Ereignisses auf, sondern auch durch das alleinige Beobachten. Einsatzkräfte wie die Polizei sind solchen Umständen weitaus häufiger ausgesetzt, als die Gesamtbevölkerung. Ein tragisches Beispiel hierfür ist der Brand im Tauern-tunnel 1999 – einige der damals anwesenden Erstversorger und Einsatzkräfte werden bis zum heutigen Tag von den unvergesslichen Bildern des Schreckens gequält.

ÜBERLEBENSPROGRAMM

Durch massiv erlebten Stress und Hilflosigkeit wird im Gehirn der Neocortex, Sitz der Gedanken und Erinnerungen heruntergefahren. Stattdessen aktiviert das tiefer sitzende Stammhirn ein sogenanntes Notfall-Überlebensprogramm, also Angriff, Flucht, Tod stellen oder Unterwerfung. Infolge dessen entwickeln sich Flashbacks, in denen die bedrohliche bzw. auslösende Situation als wiedererlebt erscheint. Schlafstörungen und Alpträume, erhöhte Schreckhaftigkeit, extreme Wachsamkeit, Konzentrations-schwierigkeiten, Reizbarkeit und Wutausbrüche können die Folgen sein, an welchen die Betroffenen erheblich leiden.

Darüber hinaus werden Menschen, Orte und Dinge gemieden, die mit dem Trauma in Zusammenhang stehen. Ebenso können Einsamkeitsgefühle (auch in Gesellschaft) und Interessenslosigkeit in alltäglichen Aktivitäten entstehen. Angst und Depression können weitere Folgeerkrankungen sein.

Bedauerlicherweise ist der Betroffene selbst selten der Einzige, der unter dem PTBS leidet, sondern seine Familie, seine Lieben und Nahestehenden leiden mit. Immer wieder wird eine „Entfremdung des Partners“ geschildert. Hierbei kommt es zu vermehrten Konflikten, durch welche die Beziehung erkaltet. Oftmals treten bei den Betroffenen dysfunktionale Kompensationsmechanismen auf. Hier versuchen sie „Alles richtig zu machen“ und Verhältnisse zu etablieren, welche denen der bezeugten Opferschicksale möglichst entgegengesetzt sind. Diese Mechanismen bewirken wiederum eine schädliche und überhöhte Anspruchs- und Erwartungshaltung in der familiären Umgebung.

In einer Studie von SCHÜTTE N, BÄR O, WEISS U & HEUFT G (2010) wurde bei 14 von 40 Polizeibeamten die Diagnose PTBS 6 Monate nach einem traumarelevanten Ereignis gestellt, was mit einer Erhöhung der psychischen Beeinträchti-

gung im beruflichen Alltag einherging. Ebenso zeigt LATSCHA K (2005) in einer Studie, dass 5,5% bis 8,7% von 104 befragten Beamten durch ihre langjährige Tätigkeit eine PTBS entwickelten. Außerdem stellen gewalttätige Angriffe, schwere Unfälle und größere Schadensereignisse, dauerhafter Umgang mit Toten und Schwerverletzten, sowie Opfer sexueller Gewalt ein besonderes Risiko zur Entwicklung einer PTBS dar.

PROFESSIONELLE HILFSANGEBOTE

Aufgrund der oben geschilderten Tatsachen und der folgeschweren Symptome, welche eine PTBS mit sich bringen kann, ist es unerlässlich Polizeibeamte, Feuerwehrein-satzkräfte, Sanitäter, Notärzte und andere Ersthelfern darüber zu informieren, darauf vorzubereiten und folglich nach erlebten Extremsituationen auf professionelle Hilfsangebote zu verweisen. Die Traumatherapie bzw. die Behandlung des PTBS ist mittlerweile weit fortgeschritten und kann in den allermeisten Fällen zu einer starken Reduktion bis hin zum Verschwinden der Symptomatik führen.

Polizeimesse GPEC

Die „General Police Equipment Exhibition & Conference“, kurz GPEC genannt, ist eine geschlossene Spezialmesse für Fachbesucher aus dem Behörden- und Sicherheitsbereich. Im Fokus stehen Polizeiausrüstung, Sicherheitstechnik und Dienstleistungen.

Alle zwei Jahre treffen sich Polizisten, Gendarmen, Militärs, Grenzschutz- und Zollbeamte, sowie Angehörige staatlicher Dienste für innere und äußere Sicherheit in Leipzig. Auf dem Leipziger Messegelände wird bei dieser größten Sicherheitsmesse Europas ausgestellt, was „state of art“ im Sicherheitsbereich ist. Heuer war dieser Branchentreffpunkt vom 9.- 11. September angesetzt und etwa 500 Aussteller aus 28 Staaten zeigten ihr Repertoire. Auch das Begleitprogramm der Messe mit über 50 Vorträgen, Konferenzen und praktischen Vorführungen ist wohl einmalig. Für Kriminalisten ist die gleichzeitig stattfindende „Kripo inter“ eine einmalige Gelegenheit ein Thema umfassend aufzuarbeiten (Wir berichteten bereits in unserer Oktoberausgabe darüber). Grundsätzlich könnte man das Messengeschehen in einem Satz zusammenfassen: Wenig absolute Neuheiten, aber viele Innovationen und Weiterentwicklungen. Kommen wir zu ein paar Details.

NEUHEITEN AKUSTISCHES VERTEIDIGUNGSSYSTEM

Augenscheinlichste Neuheit auf der GPEC war ein akustisches Verteidigungssystem namens „Herbertzhorn“. In den USA hat man dieses akustische System bereits vor Jahren in Betrieb genommen, für Europa ist es aber eine Novität. Das in der Minimalversion nur koffergroße Gerät erzeugt

Schallwellen (für Techniker: 1,5 – 2,2 kHz mit 188 dB, 13.500 Watt) die kaum auszuhalten sind. Das „Herbertzhorn“ könnte, so meint man beim Erzeuger, langfristig Wasserwerfer bei Demonstrationen ablösen. Üblicherweise wird das Gerät auf einem Lkw. montiert, es könnte aber auch statisch zum Schutz eines Gebäudes eingesetzt werden. Noch ist das Gerät nirgends in Europa im praktischen Dienst eingesetzt, denn es sind auch noch rechtliche Fragen offen (z.B. gilt das Gerät als Waffe?).

UNZÄHLIGE INNOVATIONEN

Unzählige Innovationen von bereits vorhandenen Geräten, Überwachungstechnik oder IT-Systemen beherrschten die Köpfe der einzelnen Aussteller. Vor allem die technischen Raffinessen für Notrufzentralen beflügeln anscheinend die Ingenieure. Auch Waffen wurden weiterentwickelt, so wird der Taser zwischenzeitlich mit einem Laserpointer kombiniert, was zu punktgenaueren Treffern führt. Schutzausrüstungen für Polizeifahrzeuge, vor allem aber für Sondereinheiten, waren die optischen Anziehungspunkte. Zwischenzeitlich unterscheiden sich die Schutzausrüstungen der Polizei nur in der fehlenden Tarnfarbe von jenen des Militärs. Die Hundeführer werden sich freuen, dass es zwischenzeitlich schon Schutzwesten, eigentlich Schutzdecken, für Polizeihunde

gibt. Wieso ein halbes Dutzend chinesische Firmen Handschellen anbietet, war nicht zu eruieren. Als High tech-Ausrüstungen sind Handschellen ja nicht anzusehen. Angeboten wurden von den Chinesen auch Waffen, die bei uns als verboten gelten, nämlich Stahlruten.

MATERIAL FÜR DIE KRIPPO

Relativ wenig vertreten waren Firmen die Material für die Kriminalpolizei anbieten. Forensik und Kriminaltechnik waren offensichtlich ein Minderheitenprogramm. Einige Musterfahrzeuge für Tatortgruppen, die je nach Wunsch eingerichtet werden können, sind nicht unbedingt als Novität zu bezeichnen. Mehrere Firmen boten Vortestgeräte für die verschiedensten Substanzen an. Zwischenzeitlich ist jedes (Sucht)Gift in Sekunden identifizierbar. Als interessant könnte sich eine Art Klebestempel für die DNA-Abnahme erweisen. Der sterile Klebestempel namens Force-Forex ist für alle trockenen Oberflächen geeignet, wurde aber vor allem für die Abnahme von DNA-Spuren auf strukturierten und flexiblen Flächen entwickelt. Auch für die Abnahme auf der Haut eines Opfers ist der Stempel geeignet. Der Vorteil des Stempels liegt darin, dass mehr DNA-Material aufgenommen wird, als mit einem angefeuchteten Watteabchen.

• richard.benda@kripo.at

Kriminalist, 65, sucht Nachwuchs

Die Statistik spricht eine klare Sprache. 1990 waren 14,2% der österreichischen Bevölkerung über 65 Jahre, 2013 waren es 18,2%. Im gleichen Ausmaß ging die Zahl der jungen Menschen innerhalb der heute 8,462 Millionen Österreicher zurück. 1990 waren 24,2% unter 19 Jahren, heute sind es nur mehr 20%. Wenn Österreichs Bevölkerung immer älter wird, wie soll es da bei der Polizei anders sein?



Egal auf welche Dienststelle man kommt, im Kriminaldienst gibt es scheinbar nur mehr alte Polizisten. Alte Kriminalbeamte hat es immer gegeben, nur soll es bei uns wie bei der Fernsehserie „Der Alte“ zugehen? Es war immer die Mischung aus alt und jung, die ein erfolgreiches kriminalpolizeiliches Vorgehen ermöglichte. Ein älterer Kollege, voll mit Erfahrung und Weisheit, nimmt einen Neuling unter die Fittiche, lehrt ihn, hält aber das ungezügeltere Verhalten in Grenzen. Wem soll heute ein 65jähriger Gruppenführer was lehren, wenn der jüngste in seiner Truppe zum 50er lädt? Einem 50jährigen Kripo-beamten, der die Hälfte seines Lebens an der Kriminalitätsfront gearbeitet hat, dem braucht man nichts mehr beizubringen. Ein neuer in der Abteilung ist wie Weihnachten und Ostern gleichzeitig. Eine Feier, die in den meisten Dienststellen Jahre zurückliegt. Soweit bekannt liegt bei den meisten Dienststellen die letzte Zuteilung 2-3 Jahre zurück und dies obwohl fast überall freie Planstellen vorhanden wären. Beispiel gefällig: Die BPD-Steyr hatte 1985 36 Planstellen, jetzt werken dort 10 Beamte. Ja, ja, es wurden Agenden und Aufgaben in Zentralstellen verschoben, doch nicht in dem Maße wie sich die Planstellen auflösten. Bis zu 5% der Planstellen sollen unbesetzt sein. Lassen wir die freien Planstellen, über die soll ich heute nichts schreiben. Bleiben wir bei der Altersstruktur der Kripo. Um

keinen Kollaps zuzusteuern, behilft man sich mit der Dienstzuteilung meist junger, uniformierter Polizeibeamten zur Unterstützung der Stammmannschaft. Dass diese zwar viel Enthusiasmus aber wenig Fachwissen mitbringen, erklärt sich von selbst. Nur durch diese Aushilfen kann man auch das Durchschnittsalter senken und dieses liegt bei etwa 47-51. So genau kann man das nicht feststellen, denn Kriminalbeamte gibt es ja nicht mehr. Negativer Ausreißer ist eine Dienststelle, bei der das Durchschnittsalter sogar bei 53,7 Jahren liegt.

WO SIND DIE JUNGEN BEAMTEN?

Offensichtlich gibt es genug Nachwuchs bei der Polizei, aber wo sind die ganzen jungen Beamten? Wenn man dauernd von Ausbildungsrekorden und frisch in den Dienst gestellten Beamten liest, stellt sich diese Frage unwillkürlich. So schnell sie kommen, so schnell verschwinden sie wieder, die Frage ist aber wohin, denn zum Kriminaldienst kommen sie nicht. Sicher liegt ein Hauptgrund der Alterung des Kriminaldienstes in der allgemeinen Anhebung des Pensionsalters. Wurde noch vor ein paar Jahren vom Dienst ausgebrannten Kollegen mit 55 kein Stein in den Weg gelegt, wenn sie in Pension gehen wollten, wird heute gnadenlos jeder bis zur letzten Minute gehalten. Dass psychische Belastung auch Schwerarbeit

sein kann, ignoriert man geflissentlich. Auf die Gefahr hin, als frauenfeindlich zu gelten, kann ich feststellen, dass in den Büros der Zentralstellen Heerschaaren von blutjungen, uniformierten Mädels herumlaufen, während bei den Kriminaldienststellen nur graue Haare zu sehen sind. Menschlich verständlich, dass man sich lieber eine resche 25 jährige ins Vorzimmer setzt, als einen grantigen 55 jährigen. Menschlich verständlich, für die Polizei aber kontraproduktiv. Ein weiterer Grund, warum das Durchschnittsalter steigt, ist der Aderlass von jungen, frischen Kräften, die oft nur Wochen auf einer allgemeinen Dienststelle verbringen und dann irgendwo bei einer SOKO oder dem BMI dienstzugeteilt, für immer verschwinden. Das Gefühl ausgepowert zu werden, nimmt bei den Beamten im Kriminaldienst ständig zu. Eigentlich kann man das hohe Durchschnittsalter nicht alleine betrachten, sondern muss es auch in Verbindung mit dem Nichtbesetzen von Plandienststellen, mit dem durch Zuteilungen von für den Kriminaldienst nicht ausgebildeten Beamten gesehen werden. 1999 wurde der letzte Beamte theoretisch in Kriminalistik ausgebildet. Glaubt wirklich jemand, dass dies keinen Einfluss auf die Aufklärungsquote hat?

• UKE

Die Überalterung der Kriminalpolizei

Rolf Rainer Jaeger , Leitender Kriminaldirektor a.D., Reichshof



Der demographische Wandel ist in aller Munde und nimmt die Polizei nicht aus. Polizeibeamte in der Bundesrepublik Deutschland wurden über viele Jahrzehnte nach Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt. Viele Innenministerien haben mittlerweile einen Ausweg aus ihrer Finanzmisere darin gesucht, das Pensionsalter auf 62 und teilweise für Beamte des höheren Dienstes auf noch höhere Altersstufen zu erhöhen. Damit haben Sie die Überalterung der Polizei noch verstärkt und statt einer Lösung der Altersstrukturprobleme neue Überalterungsprobleme geschaffen.

Je nach Pensionsgrenze verlassen in diesen und den nächsten Jahren Tausende von Polizei- und Kriminalbeamten den Dienst, da sie etwa in der Zeit von 1950-1957 geboren wurden und - welche Überraschung - nunmehr zur Pensionierung anstehen. Ganze Dienststellen werden ihre erfahrensten Mitarbeiter und Führungskräfte verlieren und ersetzen müssen. Dieses Problem hat nicht nur die Kriminalpolizei, aber auch und besonders die Kriminalpolizei in der Bundesrepublik Deutschland und vermutlich auch in Österreich.

Untersuchungen zur Altersstruktur in der Polizei des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ergaben schon vor

einigen Jahren, dass im Jahr 2012 mehr als 40 % der Beamtinnen und Beamten in den 47 Kreispolizeibehörden 50 Jahre und älter sein werden. In 2 Behörden wird er sogar mehr als 60 % betragen. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Lebensarbeitszeit in diesem Bundesland mit 17,6 Millionen Einwohnern auf 62 Jahre werden im Jahr 2015 voraussichtlich

- nur noch in 4 Behörden weniger als 40 % der Polizeibehörden Vollzugsbeamte (PBV) älter als 50 Jahre sein,
- in 6 Behörden mehr als 60 % mindestens 50 Jahre alt sein,
- im Landesdurchschnitt rund 47 % der Polizeivollzugsbeamten mindestens 50 Jahre alt sein.

Diese Entwicklungen waren voraussehbar, scheinen nur viele über Jahrzehnte nicht gestört zu haben. In Zeiten, in denen die Innenpolitik und die Kriminalitätsbekämpfung Wahlkampfthemen und

wesentliche Politikfelder waren, wurden die Polizeien mit teilweise erheb-

lichen Personalzuwächsen bedacht. In anderen Zeiten, in denen andere Themen eher in den Vordergrund rückten, wurde die Polizei vergessen. Die Einstellungsquoten wurden deutlich reduziert, die Polizei fiel unabhängig von Kriminalitätsentwicklungen dem Spardiktat der Haus-

halte zum Opfer. So kann natürlich keine gesunde Altersstruktur entstehen.

Die Sünden der Vergangenheit mit einer mehr oder weniger willkürlichen oder ausschließlich politisch geleiteten und nicht an polizeilichen Aufgabenentwicklungen geleiteten Personal- und Einstellungspolitik für die Polizei rächt sich nunmehr bitter. Dabei wäre die beste Altersstruktur für die Polizei eine Struktur, in der die Einstellungs- und damit auch die Pensionierungsjahrgänge - etwa gleich stark werden und bleiben.

Die Kriminalpolizei wurde nun in vielen Ländern der Bundesrepublik Deutschland seit etwa der Wiedervereinigung ihres Berufsbildes mehr oder weniger beraubt. Ihre Spezialistenausbildung zum Kriminalisten wurde auf dem Altar der Einheitspolizei geopfert, deren Apologeten die Generalistenausbildung für alle Polizeibeamten und damit inhaltsgleiche Ausbildungsinhalte als die zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen der aktuellen Kriminalitätsformen angepriesen. Dieser unglaubliche Anachronismus, der einer fahrlässigen Strafvereitelung im Amt gleichkommt, hat die Kriminalpolizei in vielen Ländern der Bundesrepublik Deutschland entprofessionalisiert, weil sie die Profession der Kriminalistik auf dem Scheiterhaufen ihrer Polizeiideologie verbrannt hat. Dabei werden Kriminalistinnen und Kriminalisten in Deutschland

TAUSENDE POLIZISTEN UND KRIMINALISTEN GEHEN IN DEN NÄCHSTEN JAHREN IN DEN RUHESTAND

und Österreich mehr denn je gebraucht, die nicht in ihren Studiengängen noch Einsatzlehre, Verkehrslehre, Verkehrsrecht, im Wesentlichen Gefahrenabwehrrecht gelernt haben, sondern sich auf die Kriminalwissenschaften und die für die Kriminalitätsbekämpfung bedeutsamen Rechtswissenschaften konzentrieren konnten. Ein Grund für die

ENTWICKLUNG VON DER POLITIK "VERSCHLAFEN"

Generalistenausbildung inhaltsgleicher Prägung vor allem auch in allen 5 neuen Bundesländern, aber auch in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seit 1995 war der Wunsch von über die Polizei entscheidenden Juristen - auch sie ein Produkt einer juristischen Einheitsausbildung - Polizisten möglichst in allen Funktionen der Polizei universell einsetzen zu können. Dies war die Geburtsstunde von „polizeilichen Universal-Dilettanten“, die von Vielen wenig wussten statt von Wenigem viel. Sie wurden weder den Anforderungen gerecht, die heute an einen Beamten im Wachdienst der Schutzpolizei noch entsprachen sie den Anforderungen, die an Kriminalisten in den unterschiedlichsten und immer komplexer werdenden Funktionen der Kriminalpolizei gestellt werden.

Die Mehrheit in der Polizeiorganisation wird wegen der Personalbedarfe eines 24 Stunden an 7 Tagen der Woche vorzuhaltenden Wachdienstes durch die Schutzpolizei gestellt. Daraus ergibt sich auch eine Dominanz schutzpolizeilicher Führungs- und Personalverwendungskonzepte, die auf die Interessenlagen und die besonderen Anforderungen einer modernen Kriminalitätsbekämpfung mangels Expertise keine Rücksicht nehmen.

Sie postulierten, dass es einem jungen Polizeibeamten „gut tue“, wenn er nach seinem in der Regel Fachhochschulstudium zunächst einige Jahre im Wachdienst und dann weitere Jahre in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei eingesetzt werde. Dort

komme er mit allen polizeilichen Problemlagen nach diesem simplifizierten Polizeibild in Berührung, was ihn bei einer möglichen späteren Verwendung in der Kriminalpolizei nur nutzen könne.

Diese Auffassung ist genauso absurd wie das Gesamtkonzept inhaltsgleicher Ausbildung. Die

Kriminalitätsphänomene der Straßenkriminalität, mit

denen Polizeibeamte der Schutzpolizei im Wachdienst zu tun haben, haben schon in den letzten 20 Jahren an Bedeutung verloren und werden weiter an Bedeutung verlieren. Die Kriminalität der Zukunft findet im Internet statt oder ist grenzüberschreitende Bandenkriminalität. Täter treten Opfern immer weniger gegenüber, da sie ihre Opfer über Datenleitungen suchen und auch zu tausenden finden. Täter hinterlassen an den Tatorten immer weniger Fingerabdruck- und DNA Spuren und sind nur noch von Kriminalisten ihrer Taten zu überführen, die sich intellektuell und hinsichtlich ihres DV-technischen Wissens mit den Tätern messen können oder sie bestenfalls bei weitem übertreffen.

Deshalb wird die Kriminalpolizei der Zukunft nur erfolgreich sein können, wenn sie aus dem Potenzial der Bewerber für den öffentlichen Dienst diejenigen gewinnen und auf Dauer für den Kriminalistenberuf begeistern kann, die bereit sind, unter schwierigen rechtlichen und sehr komplexen strafprozessualen und strafrechtlichen Bedingungen

in einem zusammenwachsenden Kriminalitätsraum Europa auch gegen international agierende Banden und OK-Verbrecherkonzernen mit Milliardengewinnen erfolgreich zu ermitteln.

Die Frage, ob für eine solche Aufgabe mehrere Jahre Bereitschaftspolizei oder mehrere Jahre Wachdienst eine gute Voraussetzung sind, beantwortet sich von selbst. Sie sind eindeutig nicht erforderlich. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat über mehr als 10 Jahre Abturi-

enten und Beamte mit abgeschlossener Berufsausbildung oder abgeschlossenem Studium als so genannte Kriminalkommissar-Anwärter unmittelbar in den Kriminaldienst eingestellt. Im Rahmen ihrer dreijährigen Studienzeit konnten sie anderthalb Jahre Erfahrungen fachpraktischer Art in vielen Kriminalkommissariaten sammeln. Es sind in großer Zahl diese Kriminalbeamten, die die Führungsfunktionen der Kriminalpolizei im gehobenen Dienst als Kommissariatsleiter, Leiter von Ermittlungs- und Mordkommissionen ausgefüllt haben. Es sind im hohen Maße diese so genannten „Seiteneinsteiger“, die die großen Kriminalpolizeien Nordrhein-Westfalen leiten und geleitet haben.

Es sind dies Beamte, die sich bewusst für den Beruf des Kriminalisten und nicht für den Beruf des Polizisten oder gar des Einheitspolizisten entschieden haben. Sie wollten „Verbrecher jagen“ und beweiskräftig überführen. Sie wollten Verbrechern die Beute aus ihren Taten abjagen und sahen in der Auseinandersetzung mit Schwerkriminellen und auch Straßenkriminellen eine immer wieder neu zu bewältigende Herausforderung. Kriminalisten müssen einem Berufsethos folgen, das von dem unbedingten Willen zur Tatklärung geprägt ist. Kriminalisten dürfen ihren Beruf nicht als Job begreifen. Sie müssen sich mit Herz und Verstand für diesen Beruf entscheiden.

Sie erwerben im Umgang mit vielen Straftaten und vielen Straftätern die

Professionalität, die erforderlich ist, um in der Auseinandersetzung mit solchen Täterpersönlichkeiten als Sieger vom rechtsstaatlichen Ermittlungsschlachtfeld zu ziehen.

Die Einheitspolizisten und Entscheidungsträger in den Innenministerien halten solche Argumentationen für nicht mehr zeitgemäß. Obwohl sie einen deutlichen Niedergang der Aufklärungsquoten gerade aktuell beim Wohnungseinbruch auf nur noch ca. 15 % bundesweit beklagen, kommen Sie nicht auf die

EINE WEITERE TRAGIK - DIE KRIMINALPOLIZEI WURDE BUCHSTÄBLICH IHRES BERUFSBILDES "BERAUBT"



Die Überalterung der Kripo ist ein Thema in Österreich und Deutschland

Idee, dass dies auch mit der völlig unzureichenden Kriminalistenausbildung und -fortbildungen und zusätzlich mit der unzureichenden Zahl von Kriminalisten zu tun haben könnte. Dabei ist dies der wesentliche Grund für die Aufklärungsmisere.

In Diskussionen mit Politikern hört man immer wieder, dass junge Menschen sich bei einem Interesse für den Polizeiberuf nicht entscheiden könnten, ob sie nun bei einem Alternativangebot der Polizei eine Ausbildung zum Schutzpolizisten oder Kriminalisten anstrebten. Dies könne man von Ihnen nicht erwarten. Dabei beweisen schon die Bewerbungen in den 4 Ländern, die speziell ausbilden, das Gegenteil. Auch die Argumente, dass sich Studierende auch zwischen Jura und Medizin, zwischen Philosophie und Politik, zwischen Sprachwissenschaften und Naturwissenschaften entscheiden müssen und Handwerker zwischen dem Beruf des Dachdeckers und des Betonbauers, bringt diese Einheitsfetischisten nicht von ihrer absurden Theorie ab.

Sie nehmen für dieses antiquierte und nicht zukunftsorientierte Polizeibild in Kauf, dass eine durchaus beachtliche Zahl von jungen Menschen, die sich nur für eine Ausbildung und eine Verwendung in der Kriminalpolizei interessieren, von einer Bewerbung für die Polizei ganz absehen.

Ist es so unverständlich, wenn Polizei-

bewerber nur Kriminalisten sein wollen, weil sie eben nicht uniformiert und im Streifenwagen auf lange Jahre rund um die Uhr den sicher auch anspruchsvollen Dienst im Wachdienst der Schutzpolizei erfüllen wollen?

Dabei ist gerade die Kriminalpolizei auf Bewerber angewiesen, die bereits auf eine abgeschlossene Berufsausbildung oder auch ein abgeschlossenes Studium zurückblicken können. Es schadet nichts, wenn ein Wirtschaftskriminalist Bankkaufmann war oder Betriebs- oder Volkswirtschaft studiert hat. Es schadet nichts, wenn ein Computerkriminalist vorher ein Informatikstudium absolviert hat. Im Gegenteil wird die Kriminalpolizei der Zukunft immer mehr auf Expertenwissen angewiesen sein.

Vor diesem Hintergrund lässt sich ein bestehendes Altersstrukturproblem der Kripo auch sehr einfach lösen.

Die Politik muss sich nämlich entscheiden, wie viel Personal sie aus dem Personalhaushalt der Polizei für die Kriminalitätssachbearbeitung oder allgemeiner die Kriminalitätsbekämpfung zur Verfügung stellen will. Diese Aufgabe ist - und dies gilt es hier einmal deutlich zu sagen - die wichtigste Aufgabe der Polizei schon heute und noch mehr in Zukunft.

Die Kriminalpolizei dürfte aktuell einen Bedarf von ca. 30 % des Gesamtper-

sonals haben. Dann kann sie vermutlich auch alle Kriminalitätsfälle selbst abschließend bearbeiten. Es bedarf keiner weiteren Ermittlungsorganisation. Für diese Kriminalpolizei sollten dann im wesentlichen Bewerber aus anderen Berufen oder Abiturienten nur für den Kriminalistenberuf ausgewählt und nur für diesen Beruf ausgebildet werden. Dazu gehören erhebliche fachpraktische Studienzeiten in den wesentlichen Deliktsfeldern unter Berücksichtigung der Vorkenntnisse der Bewerber und ein Studium der Strafrechts- und Kriminalwissenschaften. Es muss dann auch klar sein, dass diese Kriminalisten nach dem Studium nur und auf Dauer in der Kriminalpolizei eingesetzt werden, was einen Dienstzweigwechsel bei guten Gründen genauso wenig ausschließt wie eine Verwendung geeigneter Bewerber aus der Schutzpolizei nach einer entsprechenden gleichlangen Kriminalistenausbildung in der Kriminalpolizei.

Selbstverständlich sind und bleiben wir eine Polizei, die aber ihre Professionalität aus der Verschiedenartigkeit gewinnt und nicht aus der gleichen „Qualifikation“ für völlig unterschiedliche Aufgaben.

Wie ich schon sagte, käme es darauf an, eine in etwa gleiche Zahl von Kriminalisten in jedem Jahrgang in einer Kriminalpolizei zu beschäftigen. Dieses Ziel kann nicht dadurch erreicht werden, dass nur noch junge Bewerber in die Kri-

minalpolizei eingestellt werden.

Die Innenministerien sind gefordert,

die Altersstruktur ihrer Kriminalpolizei zu analysieren und in den Jahrgängen neue Kriminalisten zu gewinnen und einzustellen und sie auch aus- und fortzubilden, in denen die größten Defizite bestehen. Es gibt heute eine Vielzahl von jungen und auch älteren Menschen, die begeistert eine Aufgabe in der Kriminalpolizei auch aus den Altersgruppen von lebensälteren und beruflich erfahrenen Bewerbern übernehmen würden. Was spricht dagegen, sie auch mit 40 oder 50 noch in eine

WIE WIRD DIE KRIMINALPOLIZEI DER ZUKUNFT ERFOLGREICH SEIN KÖNNEN?

Kriminalpolizei einzustellen, wenn die Alterskohorten in diesen Altersgruppen sehr schwach sind. So kann gleichzeitig auch dringend erforderliches Expertenwissen in die Kriminalpolizei eingekauft werden. Wenn man diesen Weg nicht geht, wird immer wieder eine neue Alterspyramide mit dann zu erwartenden größeren und kleineren Pensionierungs- und Nachersatzwellen entstehen. Dies muss bei dem vorgeschlagenen Modell überhaupt nicht so sein.

Dass ein solches Modell sinnvoll sein könnte, belegen auch die Erkenntnisse

der Altersforschung. Zwar setzt der Verlust von Muskelmasse, die Verminderung der Leistungsfähigkeit und eine verminderte Vitalität schon ab dem 30. Lebensjahr ein. Das Gehirngewicht reduziert sich zwischen dem 30. und 75. Lebensjahr genau wie die Gedächtnisleistung um 40 %.

Aber das angesammelte Wissen und die Erfahrungen, die ein Mensch im Rahmen seines langen Berufslebens gesammelt hat und damit die sogenannte kristalline Intelligenz unterliegen normalerweise keinen Abbauprozessen, sondern können im Laufe des Lebens bis ins hohe Alter hinein sogar noch leicht zunehmen. Auch der Kriminalist bleibt damit bis ins hohe Alter leistungsfähig und ist in der Lage, auch noch mit 60 Jahren Straf-

taten aufzuklären und Täter ihrer Straftaten zu überführen. Dies ist mehr eine Frage des Könnens und Wollens als eine Frage des Alters.

In der mittlerweile über 200-jährigen Geschichte der Kriminalpolizei hat es sich bewährt, Bewerber für den Kriminalistenberuf mit erfahrenen Kriminalisten auf ein Zimmer zu setzen und den Jüngeren vom Älteren lernen zu lassen. So sind Freundschaften im Kollegenkreis gewachsen, weil der Jungkriminalist dem Altkriminalisten einen großen Teil seiner kriminalistischen Erfolge und seines krimina-

**VIELE GEEIGNETE BEWERBER WERDEN
VON DER EINHEITSAUSBILDUNG
ABGESCHRECKT**

listischen Wissens zu verdanken hat. Der Wissenstransfer zwischen von älteren zu jungen Kriminalisten ist ein Erfolgsrezept für eine erfolgreich bleibende Kriminalpolizei. Die Kriminalpolizei muss aber so stark sein, dass bei großem Ausbildungsbedarf dieser auch befriedigt werden kann und nicht schon Berufsanfänger beauftragt werden, Alltagsarbeit der Kriminalpolizei im großen Umfang oder sogar komplexe Ermittlungsverfahren mangels Personal zu bewältigen. Mit der Pensionierung jedes engagierten Kriminalisten geht Tat- und Täterwissen, kriminalistisches Know-how in bedeutendem Umfang verloren. Je mehr davon an die junge Kriminalisten-Generation weitergegeben werden kann, umso besser wird die Kriminalitätsbekämpfung

funktionieren.

In Zeiten, in denen die Bewerber für die Kriminalpolizei schon in ihrem Kinderzimmer mit PC aufgewachsen sind, mit Computerspielen, elektronischen Spielzeugen, Smartphones, Tablets und sie virtuos bedienen und nutzen können, werden aber auch immer mehr die jungen Kriminalisten zu Auszubildenden für die Alt-Kriminalisten. Sie, die wie selbstverständlich den Umgang mit PC erlernt oder sich erspielt haben, sind bestens vorbereitet auf eine digitale Kriminalitätswelt, auf digitale Tätertypen und sehen eine „digitale Kriminalistik“, die zur Bekämpfung solcher Täter unabdingbar ist, als weitere Herausforderung ihres auf Technik ausgerichteten und technikaffinen Lebens. Sie können mit ihrer Technikbegeisterung und damit auch mit ihrer Begeisterung für digitale Beweisführungen die Alt-Kriminalisten anstecken und so zu einem Kompetenzteam werden, das mit Fachwissen auf soliden rechtlichen, kriminalistischen und kriminologischen Fundamenten Straftätern aller Art das Fürchten lernt und Freude an dem täglichen Erleben dieses wunderbaren Berufes finden.

In diesem Modell bleibt allerdings kein Raum, die Kriminalpolizei als Versorgungsinstitution für Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei anzusehen, die nach vielen Jahren im Wachdienst und Schichtdienst nunmehr „Lust auf die Kriminalitätsbekämpfung“ haben oder unter gesundheitlichen Handicaps leiden. Die Kriminalpolizei wird immer einen Teil engagierter Kolleginnen und Kollegen aufnehmen können. Sie wird sie aber für Ihren Bedarf ausbilden und auf Eignung prüfen müssen und diejenigen, die sich für den Kriminaldienst nicht eignen, in andere Funktionen zurückgeben müssen.

Kriminalitätsaufklärung kann nicht befohlen werden. Der Wille zur Tatklärung muss persönlichkeits- und berufsimmant sein. Wer ihn nicht hat, hat in einer Kriminalpolizei nichts zu suchen.

Der Jungkriminalist lernt vom erfahrenen Kriminalisten - und umgekehrt





Weil's eh jedem wurscht is'

Wir dürfen uns freuen: Der ORF hat in einer Aussendung verkündet: „Es wird noch besser: Noch mehr Gänsehaut, noch mehr Drama und noch mehr Action. Schusswechsel, intensive Gefühle, ein großer Bogen und viele Wendungen. Momente, die schockieren, Geschichten, die man gar nicht glauben kann, und Situationen, über die man lachen muss - ganz großes Kino“. Ja, wir dürfen uns freuen: Zehn neue Folgen der zweiten Staffel von „CopStories“ flimmerten ab Ende September über die Bildschirme, an der dritten Staffel wird bereits gedreht.

Sie erinnern sich? „CopStories“ ist jene ORF-Vorabendserie, von der die Gottsübersten bis hinauf zur Ministerin so begeistert sind, weil sie so nahe an der Realität sei wie bisher kein (absolut kein!) heimischer TV-Krimi. Dass „kleine“ Polizisten das mit der Realitätsnähe etwas anders sehen, wurde an dieser Stelle schon einmal erwähnt (kripo.at 03/13).

Wenn die Polizeispitze schon auf Wahrheitsliebe im Fernsehen abfährt, dann kann man einen TV-Tipp geben, der zum Titelthema dieser Ausgabe passt: Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen die „Tatort“-Folge „Angezählt“ (nochmals) ansehen. Darin geht es – kurz gefasst – um das Thema Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution. Ein Zitatmix aus „Angezählt“, der die Realität abseits von Klamauk und mehr oder minder geglückter PR-Strategie auf den Punkt bringen: „In Wien schaffen 6000 Frauen auf die Art an, illegal, völlig rechtlos, fast immer unter Zwang, so schaut 's aus...und sechs Beamte, die sich darum kümmern...und

keiner tut was dagegen, weil 's eh jedem wurscht is'...“.

Diese nicht unbedingt zu Schönwetterreden passenden Polizeiinterna, wie gut die Exekutive doch (nicht) aufgestellt sei, haben mediale Wellen geschlagen. Selbst „Spiegel online“ hat sich des Themas angenommen: „...ein Milieuschocker mit Echtheitszertifikat...“, lautete die Kritik. „Der Standard“ hat bei Regisseurin Sabine Derflinger nachgefragt: „Der ‚Tatort‘ hält unbequeme Fakten parat: 6000 Prostituierte in Wien, nur 1500 sind legal, sechs Beamte sind bei der Polizei zuständig. Hatten Sie Kontakt?“ Antwort: „Adele Neuhauser (die Schauspielerin verkörpert Major Bibi Fellner, Anm.) und ich waren in der Abteilung, und da saß tatsächlich eine einzige diensthabende Beamtin. Vollkommener Irrsinn“.

Ja, so schauen Realitäten aus! Ohne Spaß. Toderntst.

Über diese „vollkommen irrsinnige“ Situation ist nach der Erstausrahlung vor etwas mehr als einem Jahr viel gesprochen und geschrieben worden. Über die Frage, ob sechs Beamte etwas ausrichten können. Ob das die viel gepriesene Effizienz sei. Kritisiert wurde auch, dass man die „Rotlicht-Gruppen“ in den (früheren) Kriminalkommissariaten (die heißen jetzt ja LKAAS, Anm.) reformbedingt (oder doch wegen Personalmangels?) einfach aufgelöst hat. Und es war zu lesen, dass man das Prostitutionsreferat der Kripo auf eine Gruppe reduziert hat. Eben auf sechs Mann/Frau – wenn alle da sind.

Tobender Applaus und Jubelschreie waren aus den polizeilichen und politischen

Chefetagen ob dieser harten Bandagen naturgemäß keine zu hören. Vernommen wurden vage Andeutungen, man werde sich die Situation ansehen (wahrscheinlich hat man „ganz genau“ und „evaluieren“ gesagt, Anm.). Sonst ist man eher in Deckung gegangen.

Das stillschweigende Aussitzen von Problemen soll ja kurz davor stehen, als olympische Disziplin anerkannt zu werden. Da habe ich bereits eine Mannschaftsaufstellung im Kopf, die für einen Medaillenrekord gut wäre. Vielleicht tritt das Team ja sogar gegen die Verbandssprecher von PISA („Polizei ist super aufgestellt“) an. Dann wären zwar keine wirklich harten, jedenfalls aber langwierige (man könnte auch sagen: zähe) Zweikämpfe zu erwarten. Etwa in der Form, dass ein Kombattant regungslos im Eck sitzt, während der andere breit grinsend um ihn herum springt und in einem fort „alles ist gut“ ruft (Daumen in die Höhe nicht vergessen!). Genug gescherzt. Kehren wir in die Realität zurück. In das wahre Leben, in dem der Polizeichefgewerkschafter angesichts der via „Tatort“ aufgezeigten Personalsituation der „Prost-Gruppe“ in der Weltstadt Wien gefordert hat, die Ermittlerzahl (zumindest) zu verdoppeln. Ein Jahr ist das jetzt her. Geschehen ist freilich – nichts. Vielleicht sollte man „Angezählt“ wiederholen. Eine Szene würde ich ganz laut stellen. Wenn „Major Fellner“ eindrucksvoll und voller Emotionen schreit: „Weil 's eh jedem wurscht is'...“

• peter.grolig@kripo.at